Nervöse Mullahs: Wer steht als Nächster auf Israels Abschussliste? S. 3

Fr. 7.10 / € 7.10
20. Oktober 2024 — Nr. 42

Mit Magazinbeilage Z

NZZ am Sonntag

Der neue Clash der Geschlechter

So gleichberechtigt ist noch keine Generation aufgewachsen. Trotzdem befinden sich junge Frauen und Männer auf Kollisionskurs, ob politisch oder privat. Was ist passiert?
Seite 18

ALEXANDER GLADYSCH FÜR NZZ AM SONNTAG

EU-Deal: In der Wirtschaft macht sich Ratlosigkeit breit

Die Befürworter des Abkommens mit der EU sind in der Defensive. Unternehmer tun sich schwer, wie auch die Politik. **Thomas Müller, Simon Marti, Alan Cassidy**

Der Kampf um ein Rahmenabkommen kommt in die entscheidende Phase. Bis Ende Jahr soll das Verhandlungsresultat vorliegen. Doch im Inland dominieren derzeit die Gegner die Debatte, angeführt von den Unternehmern hinter der sogenannten Kompass-Initiative. Diese verbreiten das Bild, dass die Mehrheit der Wirtschaft gegen neue Abkommen mit der EU sei.

Eine Darstellung, der die Befürworter bisher kaum etwas Wirksames entgegengesetzt haben. Die grossen Wirtschaftsverbände und die meisten Unternehmer halten sich zurück. «Es ist schwierig, die Leute hinter dem Ofen hervorzuholen», sagt Lorenz Furrer, Inhaber der PR-Agentur Furrerhugi, der die Pro-Kampagne von Progresuisse leitet. Meist höre man ein «Ja, aber», doch damit könne man niemanden überzeugen. Jetzt brauche es klare Statements. Er zeigt sich beeindruckt, was für Persönlichkeiten Kompass Europa für seine Initiative rekrutieren konnte. «Wenn wir das auf unserer Seite nicht hinbekommen, dann können wir den Vertrag abschreiben.»

Als einer der wenigen Unternehmer kämpft der Ypsomed-CEO Simon Michel öffentlich und engagiert für das Abkommen. «Ich erachte es als nicht geschickt, die Deutungshoheit abzugeben», sagt der FDP-Nationalrat. Ebenfalls mehr Engagement fordert Elisabeth Schneider-Schneiter: «Aus der Wirtschaft muss jetzt mehr kommen», sagt die Mitte-Nationalrätin und Präsidentin der Handelskammer beider Basel. Es brauche öffentlichen Einsatz von Firmen und Verbänden. Vielen Unternehmen sei nicht bewusst, dass dies der letzte Moment sei, um den bilateralen Weg zu sichern. «Alternativen gibt es nicht.»

Dass die Wirtschaft nicht als starke Stimme in Erscheinung tritt, hat auch damit zu tun, dass noch nicht klar ist, wie das Abkommen mit der EU ausgestaltet ist. «Derzeit laufen die Verhandlungen, und es gilt, das Verhandlungsresultat abzuwarten», heisst es beim Dachverband Economiesuisse auf Anfrage. Man kommuniziere aber seit je aktiv über den Mehrwert der Bilateralen für die Schweiz. Mit ein Grund für die Zurückhaltung könnte auch sein, dass die Meinungen der Unternehmer weit auseinandergehen. Der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann sprach kürzlich gegenüber der «Handelszeitung» von einer «fundamentalen Spaltung der Wirtschaft im EU-Dossier».

Auch in der Politik zeigen sich tiefe Risse in der ehemaligen Europa-Allianz. Selbst innerhalb der FDP herrscht Uneinigkeit, etwa zur Schutzklausel gegen die Zuwanderung. An der Delegiertenversammlung der Partei vom Samstag war die Frage kein Thema.
Seite 11

Kritik an hohen Gebühren für das Stromnetz

Die Schweizer Stromverbraucher bezahlen jedes Jahr Hunderte Millionen zu viel Netzgebühren. «Wir vergolden die Strombranche», sagt der Preisüberwacher Stefan Meierhans. Gemäss seinen Berechnungen haben Wirtschaft und Bevölkerung während der Tiefzinsphase knapp 400 Millionen Franken pro Jahr zu viel bezahlt. Auch die Gruppe Grosser Stromkunden (GGS), hinter der Firmen wie Migros, Coop oder Swiss Steel stehen, übt scharfe Kritik. Es sei nicht richtig, dass die Betreiber des Netzes jedes Jahr stolze Gewinne schreiben dürften – obwohl es sich um ein Monopolgeschäft handle. «Das grenzt schon fast an Gier und ist befremdlich», sagt der GGS-Geschäftsführer Roger Ambort. Die heute angewandte Berechnungsmethode ermögliche der Strombranche systematisch zu hohe Gewinne. Mittlerweile sieht auch der Bundesrat Handlungsbedarf. Er will die Methode anpassen und die Stromkunden entlasten. Dagegen wehrt sich die Strombranche vehement. *(gum.)*
Seite 15

Anzeige

Staus nehmen massiv zu

An sechs Stellen will der Bund das Nationalstrassennetz ausbauen. Ende November entscheidet die Stimmbevölkerung über das Milliardenprojekt, das Entlastung schaffen soll auf den oft verstopften Autobahnen. Wie stark die Verkehrsbelastung auf diesen sechs Strecken gewachsen ist, zeigen neue Zahlen, die Viasuisse erhoben hat: Seit 2019 haben die Staustunden auf allen sechs Abschnitten zusammen um mehr als 25 Prozent zugenommen. Im vergangenen Jahr staute sich der Verkehr auf diesen Strecken während 6039 Stunden. «Es besteht Handlungsbedarf», sagt der TCS-Zentralpräsident Peter Goetschi. «Die notorischen Staus führen zu Ausweichverkehr und gefährden die Sicherheit.» *(msi.)*
Seite 14

Worte, die sofort auf den Index gehören

«‹Angefasst›, ‹abgeholt›, ‹Narrativ›, ‹ganz bei dir›: Es gibt Wörter und Redewendungen, bei denen ich zusammenzucke, die mich wie Nadelstiche schmerzen. Sie kommen ohne Vorwarnung, aber sie kommen regelmässig», schreibt der Schriftsteller Alain Claude Sulzer. Seite 53

Haefner rechnet mit Totalverlust

Der Amag-Besitzer Martin Haefner hat aus privaten Mitteln mehr als 700 Millionen Euro in den Stahlkonzern Swiss Steel investiert. Nun droht ihm der Totalverlust. Die Krise von Swiss Steel spitzt sich zu, im ersten Halbjahr 2025 könnte das Geld erneut knapp werden. «Swiss Steel befindet sich in einem perfekten Sturm», sagt Haefner. Er macht sich keine Illusionen über sein Investment: «Wer ein solches Engagement eingeht, muss in der Lage sein, einen Totalverlust zu verkraften.» Die Frage, ob er bereit sei, neues Kapital in Swiss Steel einzuschiessen, lässt Haefner offen: «Es geht nun darum, die Restrukturierung energisch anzugehen.» Vor tiefgreifenden Massnahmen dürfe man nicht zurückschrecken. *(gui.)*
Seite 38

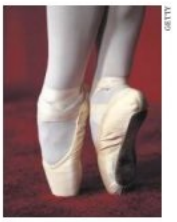
ANNE DE PLUMES

Warum Hühner nun auch Möbel sind und Trauer nicht mehr nur Schwarz trägt
Magazin

GETTY

Plus Size ist out: Die Modewelt signalisiert Tugend neuerdings mit Trans-Models
Seite 17

Kommen Krebs und Depressionen von zu viel Zucker? Was Fachleute zur jüngsten Debatte übers Essen sagen
Seite 45



GETTY

Eskapismus der Elite: Weshalb das Ballett boomt wie keine andere Kunstsparte
Seite 55

JEAN-CHRISTOPHE BOTT / KEYSTONE

Vergoldete Masten: Die Netzbetreiber schreiben mit ihren Leitungen stolze Gewinne. Das sei notwendig, sagt die Strombranche.

Private und Firmen würden jedes Jahr Hunderte von Millionen Franken zu viel Netzgebühren bezahlen, kritisieren der Preisüberwacher und die Wirtschaft. Jetzt will der Bundesrat die hohen Gewinne aus dem Monopolgeschäft senken. Der Widerstand ist gross.
Von Georg Humbel

Ins Netz gegangen

Das Herz des Schweizer Stromnetzes schlägt hinter Panzerglas. Der Zutritt zum Kommandoraum von Swissgrid in Aarau ist für Besucher streng verboten. Hinter einer dicken Scheibe sitzen Operateure vor einer gewaltigen Bildschirmwand: Im 24-Stunden-Schichtbetrieb steuern sie per Mausklick Tausende Megawatt und sichern die Stabilität des Schweizer Stromnetzes.

12 000 Masten, 6700 Kilometer Leitungen: So umfangreich ist allein das Höchstspannungsnetz von Swissgrid. Die Stromkonzerne besitzen noch einmal Tausende Kilometer Kabel. Hunderte lokale Netzbetreiber bringen die Energie bis zu den Steckdosen der Kunden – alle Ebenen zusammen bilden eine der wichtigsten und grössten Infrastrukturanlagen des Landes.

Für jeden Kilometer Kabel und jede transportierte Kilowattstunde können die Netzbetreiber Gebühren eintreiben. Das ist nötig – der Betrieb der Infrastruktur ist teuer. Doch die grosse Frage ist, wie viel sie damit verdienen dürfen. Gemäss Gesetz steht ihnen ein «angemessener Gewinn» zu. Was aber ist angemessen bei diesem Monopolgeschäft? Und ab wann verdienen sich die Strombarone mit ihren Leitungen eine goldene Nase?

Gewinn ohne Risiko

Weil das Stromnetz ein Monopol ist, muss das die Politik festlegen. Der Bundesrat legt via Verordnung fest, wie der erlaubte Gewinn berechnet wird. Mit einer hochkomplexen Formel wird bestimmt, zu welchem Satz das ins Netz investierte Kapital verzinst werden darf. Gemäss aktueller Berechnung sind das dieses Jahr 4,13 Prozent. Das tönt nicht nach besonders viel. Doch im ganzen Netz stecken rund 22 Milliarden Franken Kapital. Gemäss heutiger Regelung heisst das, dass die Betreiber über 900 Millionen Franken Zins abschöpfen dürfen – und das jedes Jahr.

«Das grenzt aus meiner Sicht schon an Gier und ist befremdlich», sagt Roger Ambort. Er ist Geschäftsführer der Gruppe Grosser Stromkunden. Hinter dieser Organisation stehen Wirtschaftsgrössen wie Migros, Coop oder Swiss Steel. Für Ambort ist klar, dass die heutigen Gewinne überzogen sind. «Es ist ein völlig risikoloses Monopolgeschäft mit einem staatlich garantierten Gewinn.» Er vergleicht die heute eingestrichenen Gewinne mit den Renditen von Staatsanleihen oder anderen vergleichbaren Wertpapieren. «Die Strombarone können beim Stromnetz deutlich höhere Gewinne einfahren.» Die Branche verdiene schlicht zu gut und die heutige Formel produziere systematisch zu hohe Gewinne. Gewinne, die nicht zwingend wieder ins Netz reinvestiert werden müssten, wie er betont.

Das sieht mittlerweile auch die Landesregierung so. Am 14. Juli hat der Bundesrat eine neue Formel in die Vernehmlassung geschickt. Sie soll ab 2026 greifen und die Stromkunden entlasten. Gemäss neuer Formel würden die Gewinne der Netzbetreiber um 127 Millionen Franken sinken. Doch das Projekt ist hoch umstritten und der Widerstand massiv.

Michael Frank ist Direktor der Verbandes der Elektrizitätsunternehmen (VSE). Er sagt, die Branche werde die Änderung vehement bekämpfen. «Das heutige System funktioniert und hat sich bewährt.» Die derzeit angewandte Formel sei wissenschaftlich begründet und werde seit rund zehn Jahren verwendet. «Es ist brandgefährlich, kurzfristige politische Änderungen durchzuboxen, die langfristige Investitionen in die kritische Infrastruktur betreffen.» Das Stromnetz sei eine der wichtigsten Infrastrukturen des Landes. «Wir haben in der Schweiz eines der stabilsten Stromnetze der Welt, und Versorgungssicherheit kostet etwas», sagt der Direktor des Verbandes. Er bezweifle, dass die Bevölkerung oder die Wirtschaft hier bereit wäre, Abstriche zu machen.

Frank betont, dass in den kommenden Jahren ein riesiger Investitionsbedarf bestehe. Auch wegen der Energiewende: «Wir kommen um einen massiven Um- und Ausbau nicht herum.» Dafür brauche es grosse Mengen Kapital und die Branche und die Investoren seien auf langfristig stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Auch Swissgrid wehrt sich mit den gleichen Argumenten gegen die Senkung: Das schmälere die Investitionssicherheit und sende ein negatives Signal an bestehende und potenzielle Geldgeber, so die Netzgesellschaft.

Ganz anders sieht das der eidgenössische Preisüberwacher. «Wir vergolden das Netz der Strombranche», kritisiert Stefan Meierhans. Der heute geltende Zinssatz sei schlicht «nicht nachvollziehbar». Die vom Bundesrat jetzt angestrebte Senkung geht ihm zu wenig weit. Gemäss seinen Berechnungen haben die Stromkunden während der Tiefzinsphase knapp 400 Millionen pro Jahr zu viel bezahlt. «Das ist einfach wahnsinnig viel Geld, das den Stromkunden seit Jahren aus der Tasche gezogen wird», sagt er. Die überhöhten Gewinne seien volkswirtschaftlich schädlich. Monsieur Prix schlägt eine ganz neue Methode vor, die sich ebenfalls an den Renditen von Staatsanleihen orientiert. Mit seiner Formel könnte die Strombranche auf dem Netz nur noch einen Gewinn von 2,7 Prozent verbuchen.

Cash Cow für Investoren

Dass die Branche mit der alten Formel sehr gut gelebt hat, zeigt sich auch daran, wie interessant das Stromnetz für grosse institutionelle Investoren ist. Das beweist ein spektakulärer Deal aus dem Jahre 2023. Die Pensionskasse des Kantons Zürich (BVK) hat letztes Jahr 15 Prozent von Swissgrid erworben. Wie viel die Kasse dafür bezahlen musste, ist Geheimsache. Doch die grösste Pensionskasse des Landes würde kaum dermassen viel Geld investieren, wenn es nicht ein sehr sicheres und gutes Geschäft wäre. In der Pressemitteilung lobt die BVK die «Performance» dieses Investments.

«Das Stromnetz ist das neue Eldorado für die Pensionskassen», sagt Roger Ambort. Er sieht das kritisch: «Ist es wirklich Aufgabe der Stromkonsumenten, den Zürcher Kantonsangestellten eine gute Pension zu sichern?» Die Gebühren für das Stromnetz würden für den Werkplatz Schweiz zunehmend zum Problem. Wie hoch die Zahlen vor allem für grosse Stromverbraucher mittlerweile sind, zeigt das Beispiel Stahl Gerlafingen. Dem Werk droht die Schliessung, unter anderem weil die Netzgebühren höher als in Italien und Frankreich sind. Wie Stahl Gerlafingen für die «NZZ am Sonntag» berechnet hat, hat das Werk allein 2024 Netzgebühren von über 17 Millionen Franken bezahlt. Ein massiver Kostenblock.

Der Druck auf den Bundesrat ist gross. Die Wirtschaft – namentlich auch die mächtige Economiesuisse – drängt auf eine Senkung und fordert eine Entlastung von den hohen Gebühren. Auf der anderen Seite lobbyieren die Strombarone, die Pensionskassen und die Kantone mit aller Kraft dagegen. Hinter den Kulissen weibeln beide Seiten intensiv. Der Bundesrat muss bald einen millionenschweren Entscheid fällen.

IST STAHL GERLAFINGEN DOCH SYSTEMRELEVANT?

Das eigene Amt widerspricht Guy Parmelin

Der italienische Stahlpatron Antonio Beltrame ist enttäuscht von der Schweizer Politik. Der Besitzer des Stahlwerks Gerlafingen hat mehrmals auf höchster Ebene angeklopft und für die Rettung geweibelt. Vergeblich: «Bundesrat Parmelin hat uns gesagt, wir seien nicht systemrelevant», so Beltrame vor einer Woche gegenüber dieser Zeitung.

Erstaunlich ist, dass ein Amt aus Parmelins Departement dem Stahlwerk das Gegenteil geschrieben hat. Der «NZZ am Sonntag» liegt ein Brief des Bundesamtes für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) vom 7. April 2020 vor. Darin schreiben die Beamten: «Die wirtschaftliche Landesversorgung bestätigt, dass es sich bei Ihrem Unternehmen um einen zur Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen systemrelevanten Betrieb handelt.» Das Werk erbringe Leistungen, die für die Versorgung des Landes «unerlässlich» seien.

Das Departement Parmelin relativiert. Das Schreiben des BWL stamme aus der Anfangszeit der Pandemie. Das Amt habe damals das Prädikat «systemrelevant» sehr grosszügig verteilt, so ein Sprecher. Sogar Bäckereien und viele andere Betriebe hätten den Brief erhalten. Es handle sich dabei aber nicht um eine vertieft geprüfte volkswirtschaftliche Relevanz. Der Bundesrat habe diesen Frühling eine Aussprache geführt. Dabei sei er zum Schluss gekommen, dass die Metallindustrie und einzelne Stahlwerke volkswirtschaftlich nicht systemrelevant seien. Der Ausfall habe – anders als bei einer grossen Bank – keine gravierenden Folgen wie eine Rezession.

Diese Antwort empört die Solothurner SP-Ständerätin Franziska Roth. «Offenbar traut Bundesrat Parmelin den Einschätzungen des eigenen Amtes nicht.» Die Versorgung mit Stahl sei systemrelevant. «Ich bin stinksauer, dass einen offiziellen Brief gibt, der das bestätigt und den Bundesrat Parmelin einfach ignoriert.» Wenn das Werk während der Pandemie so wichtig gewesen sei, dann könne das auch in Zukunft so sein: «Wer garantiert, dass wir in der nächsten grossen Krise problemlos Stahl importieren können?» *Georg Humbel*